

Telegraf

Sonntag, 11. Dezember 1966
Berlin 33 — Grunewald, Bismarckplatz 1
Fernruf 8 87 79 21

UNABHÄNGIGE ZEITUNG
FÜR DAS FREIE BERLIN

Nr. 289/21 A 6656 A 50 Pf

Osterreich 5 3,20, Italien 1 80,-

Höhere AOK-Beiträge

Mit Wirkung vom 1. Januar nächsten Jahres müssen für die AOK Berlin höhere Beiträge gezahlt werden. Ein entsprechender Beschluß der Vertreterversammlung wurde jetzt vom Senator für Arbeit und soziale Angelegenheiten genehmigt. Danach erhöht sich der seit dem 1. Januar 1963 unverändert gebliebene allgemeine Beitragssatz für Pflichtversicherte mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen von 10 auf 10,3 Prozent. Der Beitragssatz für Pflichtversicherte ohne sofortigen Anspruch der Barleistungen wird von 6,5 auf 6,7 Prozent erhöht. Die Beitragssätze für die freiwilligen Mitglieder erhöhen sich um durchschnittlich 14 Prozent. Die Beitragserhöhungen werden mit den gestiegenen Ausgaben für Arzthonorare und Krankenpflege-sätze begründet. (EB)

Willy Brandt trifft de Gaulle am Donnerstag

HSV mit 3:1-Sieg über die Bayern Tabellenführer

Hamburg (EB)

Bei schwierigen Bodenverhältnissen konnten gestern nur fünf Bundesligaspiele durchgeführt werden — vier Treffen fielen aus. Der Hamburger SV übernahm mit einem 3:1-Sieg über Bayern München die Tabellenspitze. Vom ersten Platz verdrängt wurde die Braunschweiger Eintracht, die auf eigenem Platz über ein 0:0 gegen den Aufsteiger Rot-Weiß Essen nicht hinauskam.

Etwas glücklich waren die 2:1-Siege von München 60 über Werder Bremen und Schalke 04 gegen Hannover 96. Den einzigen Auswärtssieg verzeichnete die aufstrebende Mannschaft von Borussia Mönchengladbach mit 2:0 bei dem weiter vom Pech verfolgten VfB Stuttgart. Nur etwa 100 000 Zuschauer kamen zu den fünf Bundesligaspielen.

Berlin/Paris (pf-Eigenbericht/dpa)
Vizekanzler und Außenminister Willy Brandt wird bereits am kommenden Donnerstag mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle in Paris während der NATO-Konferenz zusammentreffen. Diesen Termin bestätigte gestern nachmittag das Auswärtige Amt in Bonn. Auch von Paris wurde dieser Termin genannt. Willy Brandt hatte das Treffen mit de Gaulle bereits gestern auf dem Landesparteitag der Berliner SPD angekündigt, wobei zunächst ein Mittwoch-Termin genannt wurde. Die neue Bundesregierung, so sagte Brandt, wolle gerade die deutsch-französischen Beziehungen neu entwickeln und den Vertrag vom Januar 1963 mit soviel politischem Leben wie möglich anfüllen.

Politische Kreise der französischen Hauptstadt sehen der ersten Fühlungnahme de Gaulles mit Brandt in seiner Eigenschaft als Außenminister mit Interesse entgegen. Es wird angenommen, daß de Gaulle den Bundesaußen-

minister über seine Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin unterrichten wird. Ferner will sich de Gaulle wahrscheinlich von Brandt über die deutsche Außenpolitik nach Bildung der Koalitionsregierung in Bonn informieren lassen.

Albertz nominiert

Berlin (pf-Eigenbericht)

Mit 166 gegen 42 Stimmen bei 22 Enthaltungen nominierte am Sonnabend ein außerordentlicher Parteitag der Berliner SPD Bürgermeister Heinrich Albertz als Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters. Der Sprecher des Parteitages, Alexander Voelker, beglückwünschte Albertz zu dieser Wahl. Im Mittelpunkt des

Parteitages im Ernst-Reuter-Haus stand die künftige Politik der Bundesregierung und des Senats.

Außenminister Willy Brandt übte außerordentlich scharfe Kritik an der Vorenthaltung des Stimmrechts für die Berliner Bundstagsabgeordneten. Der künftige Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz umriß seine Auffassung von den Aufgaben, denen er Vorrang einräumen will.

Brandt schilderte noch einmal die Gründe, weshalb eine Regierungsbildung mit der FDP nicht möglich gewesen sei. Er sei für ein vertretbares kalkulierbares Risiko gewesen, nicht aber für ein Abenteuer, sagte er. Der Eintritt der SPD in die Regierung sei nicht die Fortsetzung einer gescheiterten Politik, sondern der Beginn einer besseren Politik. Als erste Aufgabe bezeichnete er es, die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. „Es wird in der Bundesrepublik erst noch etwas schlechter werden, bevor es besser wird.“

● Zum Stimmrecht der Berliner Bundstagsabgeordneten sagte Brandt, ohne es direkt zu erwähnen, es sei unmöglich, im Jahre 1966 zu glauben, eine einfache Rückverweisung an die Militärgouverneure wie im Jahre 1949 sei mit der Würde dieses Volkes und seiner Stellung in der internationalen Zusammenarbeit zu vereinbaren.

Unmöglich sei es auch, die völlig unbestrittene Stellung der Schutz-mächte in Berlin für die Regelung von Fragen in Anspruch zu nehmen, die ein souveränes Parlament entscheide. ● Der Vizekanzler und SPD-Vorsitz (Fortsetzung Seite 2)



74 FESTNAHMEN — das war die vorläufige Bilanz der Vietnam-Demonstration in West-Berlin. Foto: dpa

Schwere Tumulte am Ku'damm

Demonstrationen gegen Vietnam-Krieg

Berlin (EB)

Zu lang anhaltenden Tumulten kam es gestern bei einer Protestaktion gegen den Krieg in Vietnam. Ein Komitee „Kampagne für Abrüstung“ in Zusammenarbeit mit mehreren Studentenorganisationen veranstaltete einen Protestmarsch, der sich entgegen der von der Polizei vorgeschriebenen Richtung von der Spichernstraße aus nicht zum Wittenbergplatz, sondern zum Kurfürstendamm hin bewegte.

Als die Polizei den Zug mit etwa 1000 Jugendlichen und Erwachsenen auflösen wollte, kam es zu Schlägereien zwischen Demonstranten und Polizeibeamten. Bis zum späten Abend wurden etwa 55 Personen festgenommen. Vier der von den Demonstranten mitgeführten Protesttransparente wurden beschlagnahmt.

Auf den Transparenten war unter anderem zu lesen: „Am toten Vietnam soll die Welt genesen.“

Nach den Auseinandersetzungen mit der Polizei hatten sich die De-

monstranten auf der Bundesallee wieder zu einem neuen Zug formiert und marschierten mit Plakaten, Großfotos vietnamesischer Kriegsszenen und einem aufgespießten Pappkopf des Regierungschefs General Ky wiederum zum Wittenbergplatz.

Auf dem Kurfürstendamm verbrannten die Demonstranten eine Nachbildung des Kopfes des US-Präsidenten Johnson. In anhaltenden Sprechchören forderten die Teilnehmer: „Freiheit für Vietnam“.

**Einkaufsbummel:
2000 DM zu gewinnen**

Seite 16

Algerien soll vermitteln

Algier (AP)

Die Vereinigten Staaten haben die algerische Regierung gebeten, ihre Dienste für eine Vermittlung im Vietnamkonflikt zur Verfügung zu stellen. Nach einem anderthalbstündigen Gespräch, das der amerikanische Sonderbotschafter Averell Harriman gestern mit dem algerischen Präsidenten Oberst Boumedienne geführt hatte, ließ der algerische Außenminister Bouteflika am Nachmittag den nordvietnamesischen Botschafter in Algerien, Nguyen van Phat, ins Außenministerium bitten. Über den Inhalt der Unterredung wurde bisher nichts bekannt.

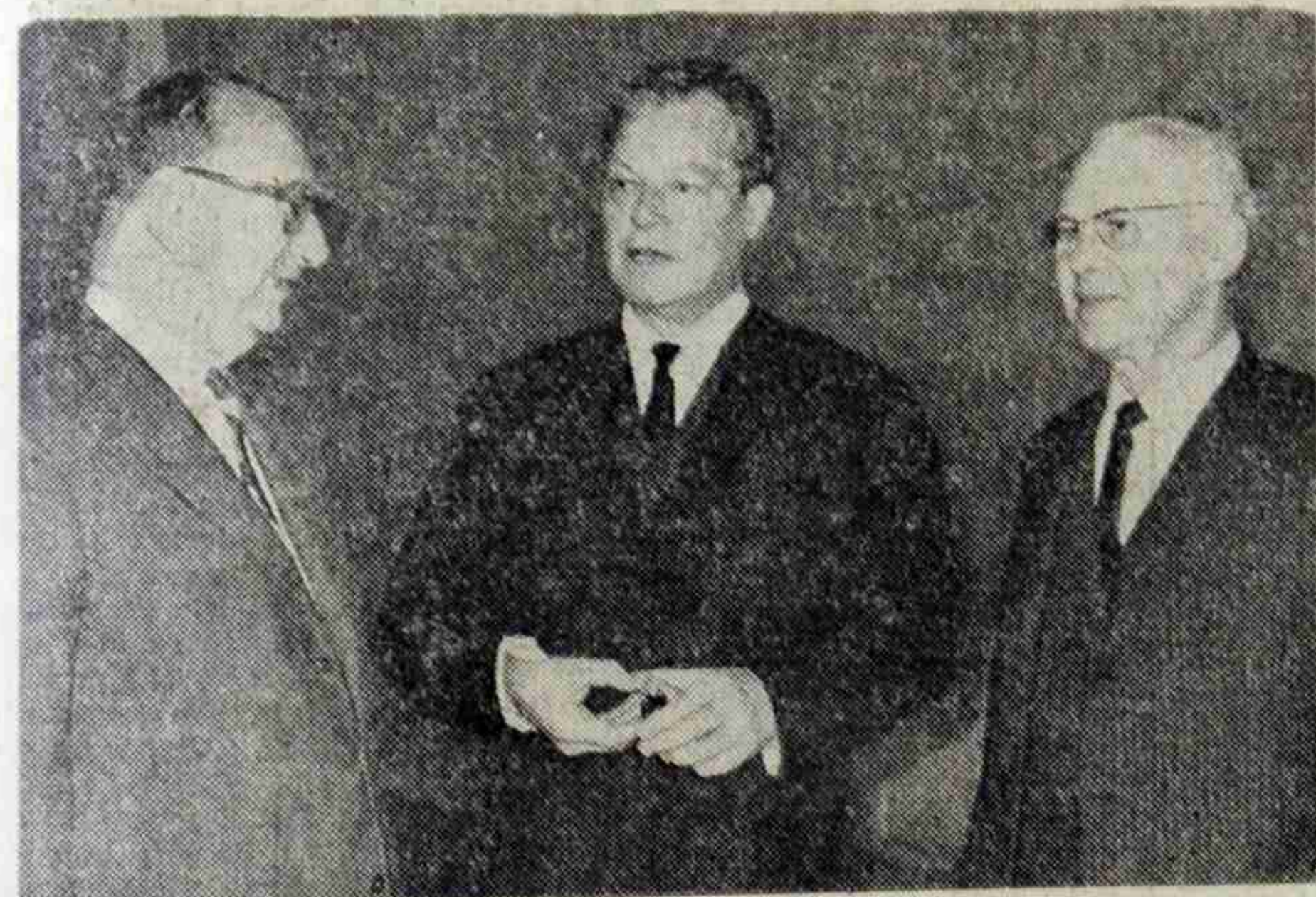
Amerikanische Kreise in Algier zeigten sich überrascht über die außergewöhnlich schnelle Reaktion der algerischen Regierung auf die amerikanische Bitte. Auf einer Pressekonferenz unmittelbar nach dem Gespräch mit Boumedienne erklärte Harriman, daß er Algerien ebenso wie andere Staaten um ihre Dienste bei der Vermittlung gebeten habe. Algerien komme jedoch in dieser Frage eine besondere Bedeutung zu, da es volle diplomatische Be-

ziehungen mit Hanoi und dem Vietnam unterhalte.

Durch eigene Bomben getötet

► Bomben in die eigenen Reihen warfen gestern amerikanische Flugzeuge in Südvietnam. In der Nähe der entmilitarisierten Zone griffen die Flugzeuge feindliche Stellungen an und warfen ihre Bomben über einen Höhenzug vor einer amerikanischen Kompanie Marinesoldaten ab. Zwei zu kurz geworfene Bomben fielen dabei in die eigenen Stellungen und töteten 16 amerikanische Soldaten; elf wurden verwundet.

Mit Freuden kann ich es verbuchen; die Hausfrau'n backen Pfefferkuchen. Drum sitz' ich jetzt auf dem Kamin, weil durch ihn dufte Düfte ziehn.



DER NACHFOLGER Willy Brandts steht endgültig fest: Bürgermeister Heinrich Albertz (links) wurde am Sonnabend auf dem außerordentlichen SPD-Landesparteitag gewählt. Unser Bild zeigt ihn im Gespräch mit Brandt und dem Landesvorsitzenden Kurt Mattick. Foto: Zellmann

Prof. Carlo Schmid mahnt 90 000 DM erbeutet

Berlin (EB)

Das Recht auf Selbstbestimmung für die 17 Millionen Menschen in Mitteldeutschland forderte gestern Bundesratsminister Carlo Schmid auf einer

Plenarversammlung des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND in der Kongreßhalle.

Prof. Schmid erklärte zum „Tag der Menschenrechte“, im Zeitalter der Demokratie ergebe sich zwangsläufig die Forderung nach einem politischen Menschenrecht auf Selbstbestimmung. Alle demokratischen Länder seien aufgefordert, sich in Solidarität um die Durchsetzung dieses fundamentalen Grundrechts in Mitteldeutschland zu bemühen.

Minden/Westfalen (dpa)

Kurz vor Ladenschluß überfielen am dritten verkaufsoffenen Sonnabend vor Weihnachten zwei Unbekannte den Geldtransport eines Mindener Kaufhauses und erbeuteten dabei 90 000 DM. Einer der beiden Geldtransporteure, der sich der Aufforderung „Tasche her“ widersetzt hatte, wurde niedergeschossen. Er ist nach ersten Angaben der Polizei aber nicht lebensgefährlich verletzt worden.

Die Räuber hatten den beiden Männern, die das Geld in einer Aktentasche zur Bank bringen wollten, am Hintereingang des Kaufhauses aufgelauert. Sofort nach dem Überfall wurde die Fahndung nach den Räubern, die mit ihrer Beute entkommen konnten, eingeleitet.

LOTTO · LOTTO · LOTTO

5 - 8 - 29
34 - 45 - 49
Zusatzzahl: 36
(Angaben ohne Gewähr)

Neuer Eheroman:
Der volle Preis
Seite 32